

# MEDIEN-INFORMATION

Freitag, den 19. Februar 2010

## Junge Union: Erbschaftsteuer reformieren und Regionalisierung voranbringen!

Zur weiteren Reform der Erbschaftsteuer erklären der Bundesvorsitzende der Jungen Union, Philipp Mißfelder MdB, die finanzpolitische Sprecherin, Bundesvorstandsmitglied Kristin Peitz, und die steuerpolitische Sprecherin, Bundesvorstandsmitglied Jana Bunzel:

„Die unionsgeführte Bundesregierung hat mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz wichtige Maßnahmen zur Überwindung der Finanz- und Wirtschaftskrise beschlossen. Bürger und Unternehmen wurden dadurch zum Jahreswechsel spürbar entlastet. Um die wirtschaftliche Erholung zu unterstützen, müssen nun weitere Reformen im Steuerrecht folgen.

Die Junge Union Deutschlands fordert daher, insbesondere im Interesse der mittelständischen Familienunternehmen erneut Korrekturen an der Erbschaftsteuer vorzunehmen. Die Erhebung der Erbschaftsteuer muss in Zukunft den Ländern überlassen sein. Im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und FDP heißt es dazu: ‚Wir werden in Gespräche mit den Ländern eintreten, um zu prüfen, ob die Erbschaftsteuer hinsichtlich Steuersätzen und Freibeträgen regionalisiert werden kann.‘ Dieser Prüfauftrag ist nun schnellstens auszuführen. Notwendig ist die umgehende Bildung einer Arbeitsgruppe der Koalition, die diese Diskussion zielgerichtet mit den Bundesländern führt.

Das Ergebnis solcher Gespräche kann nur die Übertragung der Erbschaftsteuer auf die Bundesländer sein. Dies ist ordnungspolitisch sinnvoll, da ihnen die Einnahmen zustehen. Deshalb muss es den jeweiligen Bundesländern überlassen sein, ob und in welchem Umfang sie die Erbschaftsteuer erheben. Die Regionalisierung der Erbschaftsteuer ist ein Schritt zur Abschaffung dieser Steuerart, wie sie die Junge Union seit Jahren fordert. Die Erbschaftsteuer führt im Mittelstand zu erheblichen Belastungen, Ungerechtigkeiten und Unsicherheiten; zudem fallen anteilig die höchsten Verwaltungskosten aller Steuerarten an. Weitere Reformen der Erbschaftsteuer sind daher dringend notwendig, damit Bürger und Wirtschaft entlastet werden.“

Verantwortlich: **Thomas Dautzenberg** (Bundesgeschäftsführer)

Junge Union Deutschlands Bundesgeschäftsstelle  
Inselstraße 1 b 10179 Berlin Tel: 030/27 87 87 -0 Fax: 030 /27 87 87-20  
geschaeftsfuehrer@junge-union.de www.junge-union.de